

**Unzulänglichkeiten beim „Volksrindfleisch“-Verkauf.**

Neben der Kriegswurst, die zum erstenmal auf den Markt kam, hat gestern auch das „Volksrindfleisch“ bei der Fleischversorgung der Bevölkerung eine ziemlich große Rolle gespielt. In der Großmarkthalle allein waren 56 Abgabestellen beschäftigt, um der Nachfrage nach „Volksrindfleisch“ Genüge zu leisten. Auch auf den übrigen Großmarktplätzen zeigte sich für das „Volksrindfleisch“ eine sehr bedeutende Nachfrage. Ebenso stark ist die Nachfrage für das „Volksrindfleisch“ an den Abgabestellen in den Bezirken an. Während an den der ständigen Marktkontrolle unterstehenden Abgabestellen das „Volksrindfleisch“, ohne daß hierbei größere Unzulänglichkeiten zutage traten, zum Absatz gelangt, haben sich in den Bezirken bereits in zahlreichen Fällen beim Absatz dieses Fleisches größere Unzulänglichkeiten ergeben. Es liegt die begründete Vermutung nahe, daß eine Anzahl der mit der Abgabe des „Volksrindfleisches“ betrauten Stellen die sogenannten Gustostückerln (Lungenbraten, Rostbraten, Weiried usw.) schon vor dem Beginn des Fleischverkaufes auf die Seite gibt und diese wertvollen Fleischstücke dann zu weit höheren Preisen weiterverkauft. Auch nehmen es manche Fleischhauer mit der Anordnung, daß das „Volksrindfleisch“, wie es lauft, verkauft werden soll, nicht sehr genau und reservieren für bevorzugte Stammkunden die besseren Fleischstücke. Es scheint, daß so manche Fleischhauer es nicht über's Herz bringen können, vorderes und hinteres Rindfleisch, das sie vom Volksernährungsamt zu demselben Einheitspreis (jetzt R. 7.10 pro Kilogramm) beziehen, tatsächlich auch mit dem festgesetzten Verkaufspreis von R. 8.— pro Kilogramm ohne Rücksicht auf die Qualität abzugeben. Durch die mangelhafte Kontrolle beim Verkauf von Rindfleisch werden gerade diejenigen Bevölkerungsschichten, denen das Volksernährungsamt das „Volksrindfleisch“ als halbwegs billige Volksnahrung zugeordnet hat, schwer geschädigt. Der Appell an den Gemein Sinn der Erwerbskreise scheint, wie diese bedauerlichen Vorfälle zeigen, gerade an die fleischverarbeitenden Gewerbe nicht oft genug gerichtet werden zu können.